

6.	06/0002	Stadtentwicklungskonzept Sankt Augustin 2025; Bericht der Verwaltung über den Sachstand und die weitere Vorgehensweise	FB 6/10
----	---------	---	----------------

Herr Haase (Büro H + B Stadtplanung) berichtete zum Sachstand des Stadtentwicklungskonzeptes 2025 und stellte einleitend allgemein die Stärken der Stadt, insbesondere

- attraktive Wohnstadt in der Nachbarschaft größerer Zentren
- Stadt mit dynamischem Dienstleistungsprofil
- gute soziale und technische Infrastruktur
- hervorragende Verkehrsanbindung

heraus.

Dem entgegen stünden Schwächen, wie

- Defizite in der regionalen Kooperation
- kein ausgeprägtes Image, Profil und Stadtidentität
- Zentrum „aus der Retorte“
- Gefahren der Zersiedlung.

Anschließend referierte er zunächst zum Thema „Wirtschaft“, unter Darlegung der Handlungsfelder Wissensstadt, Wohnqualität, regionale Kooperation und sonstige Handlungsfelder.

In der folgenden Diskussion stellte Frau Feld-Wielpütz fest, dass sie nach den bisherigen Ausführungen die Bereiche Handwerk, Mittelstand und Ausbildung nicht ausreichend gewürdigt sehe. Es sei wichtig, die Menschen mit auf den Weg zu nehmen und einen Brückenschlag zwischen allen Beteiligten herzustellen.

Herr Gleiß wies darauf hin, dass die wirtschaftliche Basis der Stadt nicht nur durch die Forschungs- und Lehrinstitute gebildet werde, sondern selbstverständlich auch durch den Mittelstand, das Handwerk und den Handel. Die Kaufkraftkennziffer in Sankt Augustin liege bei 110 und damit erheblich über dem bundesweiten Durchschnitt von 100. Dagegen liege die Kaufkraftbindungsquote von Sankt Augustin lediglich bei 50 %. Dies weise auf Defizite hin und es gelte, die Kaufkraftbindung durch entsprechende Maßnahmen zu steigern.

Herr Dr. Frank legte dar, dass die Untersuchungen zum Stadtentwicklungskonzept sicherlich sinnvoll seien. Trotzdem stelle sich die Frage, ob die hehren Ziele erreicht werden können oder die Stadt nicht Gefahr laufe, sich zu verheben. Auch bezüglich des Leitbildes „Wissensstadt plus“ fühle er sich unwohl, nicht zuletzt mit Blick auf die Größe der Stadt Sankt Augustin mit ca. 60.000 Einwohnern. Er verwies auf das gemeinsam mit der Stadt Bonn angestrebte Projekt „WTP II“, dass bisher auch nicht umgesetzt werden konnte. Dazu, dass dies der Stadt nun in anderen

Bereichen gelingen sollte, trage er sich mit einer gewissen Skepsis. Als Negativbeispiele führte er weiterhin bisherige Ansiedlungsbemühungen im Bereich des Zentrum-West und an der Einsteinstraße an. Berechtigte Hoffnungen hege er allerdings im Hinblick auf die Entwicklung im Bereich Menden-Süd, der anschließend noch zur Tagesordnung stehe. Insgesamt sei er sehr gespannt, wie sich das Stadtentwicklungskonzept, welches er nicht grundsätzlich schlecht reden wolle, umsetzen lasse.

Herr Metz trug vor, dass ihm der Eindruck entstanden sei, der Begriff Wissensstadt ziele zu sehr auf die Forschungs- und Lehrinstitute ab, wobei z. B. das Handwerk vernachlässigt werde. „Wissen“ sei nicht nur akademisch, sondern überall präsent. Er stelle sich vor, dass die Stadt als Vermittler auftrete für Bereiche der Wissenschaft, des Handwerks, des Handels und produzierender Gewerbebetriebe. Hier gelte es Verknüpfungen und einen Verbund zwischen allen Beteiligten herzustellen, ebenso zwischen den Schulen und Ausbildungsstätten. Dazu brauche es keiner Prestigeprojekte, sondern praktischer Umsetzungskonzepte. Dies sollte in dem Entwicklungskonzept deutlicher herausgearbeitet werden.

Herr Züll führte aus, dass eine Sache, die erhebliche Zukunftsperspektiven habe, nicht schlecht geredet werden sollte. Er bat darum, positiv an die Sache heranzugehen, um heute mit dem Beschluss Wege auch für zukünftige Generationen zu bereiten.

Herr Haase verwies auf die vielfältigen Veranstaltungen, die im Vorfeld dieser Sitzung bereits zum Stadtentwicklungskonzept stattgefunden haben. Dabei habe er nie erfahren müssen, dass die grundsätzliche Sinnhaftigkeit des Konzeptes in Frage gestellt worden sei. Es mache durchaus Sinn für die Stadt, selbstbewusst an das Thema heranzugehen. Bezüglich der vielfach angesprochenen Fragen zur Umsetzung, verwies er auf eine Maßnahmen- und Prioritätenliste, in der festgelegt werde, wie und zu welchem Zeitpunkt Maßnahmen angegangen werden sollen. Hierauf werde er in seinem weiteren Vortrag noch eingehen. Ebenso zum Thema Wissensvermittlung und Herstellung von Verknüpfungen zwischen allen Beteiligten.

Herr Gleß führte aus, dass mit dem Stadtentwicklungskonzept praktisch der rote Faden für die Zukunft vorbereitet werde und wies auf eine Reihe von Missständen hin, die mit dem Konzept zukünftig verhindert werden könnten. So sei u.a. von der Verwaltung beabsichtigt, zukünftig jede Vorlage für den Ausschuss darauf hin zu überprüfen, ob sie mit den Zielen des Stadtentwicklungskonzeptes vereinbar sei. So würde die Arbeit der Stadt kontinuierlich am Konzept gemessen.

Herr Bräuer informierte über die vorliegenden Untersuchungen zum Thema „Verkehr“.

Herr Metz führte an, dass im Bereich Verkehr oftmals die Radfahrer, aber noch viel häufiger die Fußgänger vernachlässigt würden. Den Bereich des Zentrums sehe er für diese Verkehrsteilnehmer eher kritisch und nicht optimal angeschlossen. Hier werde der motorisierte Verkehr über Gebühr bevorzugt, was der Qualität des Zentrums nicht zuträglich sei. Er frage sich, welche Instrumente Anwendung finden könnten, ohne zunächst eine komplette Umgestaltung vorzunehmen.

Frau Feld-Wielpütz fragte nach, ob und welche Überlegungen es zur Entlastung der B56 im Bereich Mülldorf gebe. Hier sei insbesondere die Kreuzung B56/Mendener Straße/Meerstraße betroffen und ggf. die Errichtung eines Kreisverkehrs sinnvoll.

Frau Reese verwies auf den Flugplatz, der innerhalb der Stadt liege und Fluglärm verursache. Im Hinblick auf zukünftige Bebauungen im Stadtgebiet müsse dieser Tatbestand auch im Stadtentwicklungskonzept Berücksichtigung finden.

Herr Bräuer informierte im Zusammenhang mit baulichen Maßnahmen zur B56 über Gespräche mit dem Landesbetrieb, bei denen grundsätzlich Mittel seitens des Bundes z.B. zur Schaffung von Querungshilfen in Aussicht gestellt wurden. Insgesamt habe die Stadt jedoch wenig Handlungsmöglichkeiten, da es sich hier um eine Bundesstraße handle. Zur Errichtung eines Kreisverkehrs sei festzustellen, dass das Verkehrsaufkommen, insbesondere auf der B56, zu hoch sei.

Bezüglich der Fußgängerverkehre könne mit Sicherheit die vorhandene Überführung an der Straßenbahn- Bushaltestelle optimiert werden. Entsprechende Überlegungen könnten nur unter Einbeziehung einer Überplanung der Haltestellen angestellt werden. Zur Verbindung zwischen Fachhochschule und den ÖPNV-Haltestellen wäre eine diagonal verlaufende Verbindung sehr von Nutzen. Kurzfristig sehe er allerdings keine Möglichkeit, hier etwas zu verändern.

Herr Gleiß wies in diesem Zusammenhang auf laufende Gespräche mit Huma zum Umbau und der Erweiterung des Einkaufszentrums hin. Diese Gespräche könnten letztendlich auch zu positiven Ergebnissen für die verkehrliche Erschließung führen.

Herr Haase stellte fest, dass bei den Überlegungen zur Wohnbebauung allen Aspekten bezüglich des Flughafens Beachtung geschenkt worden sei.

Anschließend informierte Herr Haase über das Ergebnis der Untersuchungen zum Bereich „Wohnen“ und „Soziale Infrastruktur/Demographie“. Dabei zeigte er die einzelnen Handlungsfelder im Bereich Wissensstadt, Wohnqualität und regionale Kooperation auf.

Herr Metz teilte mit, dass in Sankt Augustin ein krasses Missverhältnis zwischen der Anzahl der Einwohner und der Anzahl an Arbeitsplätzen bestehe. Es gebe eine hohe Pendlerquote und Defizite im Bereich Frei-

zeitgestaltung und Gastronomie. Deshalb sei seine Fraktion gegen eine weitere Ausweisung von größeren Wohngebieten, ausgenommen Bereiche der Ortsteilverdichtung. Dies ziehe auch einen weiten Bedarf an Kindergärten und Sportstätten etc. nach sich und führe zu nicht mehr tragbaren Kosten.

Herr Dr. Frank schloss sich den Ausführungen von Herrn Metz an. Er sehe auch größere Priorität bei der Schließung von Baulücken in den Ortsteilen und nicht in der Ausweisung neuer Wohngebiete. Weiter stelle er mit Zufriedenheit fest, dass auf den Aspekt „Seniorenwohnen“ in der Untersuchung großen Wert gelegt werde. Auch der Erhaltung des Charakters gewachsener Wohngebiete (Beispiel: Alter Niederberg) sei mehr Bedeutung beizumessen. Diesbezüglich gebe es in der Stadt negative Beispiele.

Herr Züll führte aus, dass es wichtig sei, Wohngebiete für eine Durchmischung zu öffnen. Man müsse offen sein für durchaus unterschiedliche Ansprüche an die Mobilität. Er verstehe das Stadtentwicklungskonzept auch so, dass es gelte, die Visionen des Konzeptes weiter zu definieren und Pflöcke/Marken zur Umsetzung gesetzt werden müssten. Ein, wenn auch kleiner Beitrag dazu sei die vorgesehene Ausstellung „Neues Bauen in alten Häusern“.

Frau Feld-Wielpütz legte dar, dass sie sich im wesentlichen ihren Vordnern anschließen könne und verwies nochmals auf die Beiträge zu der für Sankt Augustin verträglichen Einwohnerzahl. Zum Thema Seniorenwohnen/Barrierefreies Wohnen habe man bereits gemeinsam in einer der letzten Ratssitzungen diskutiert mit dem Ergebnis, dass es die Politik in der Stadt gerne sehe, wenn sich Investoren mit diesem Thema auseinandersetzen. Im Bereich soziale Infrastruktur sei festzustellen, dass es in Sankt Augustin eine Vielzahl von Vereinen gebe, die in den unterschiedlichsten Bereichen tätig sind. Auch diesbezüglich erwarte sie Aussagen im Stadtentwicklungskonzept.

Herr Dziendziol stellte sich im Hinblick auf die Steigerung der Einwohnerzahl die Frage, ob und inwieweit bei der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes auch die wirtschaftlichen Rahmendaten eingeflossen seien. Dabei wären auch die bisherige Steuerpolitik (Stichwort: Pendlerpauschale, Eigenheimförderung) und mögliche Änderungen dieses Systems relevant.

Herr Haase trug hierzu vor, dass die getroffenen Prognosen aufgebaut seien auf den übergeordneten Konzepten des Landes. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Einwohnerzahl der Stadt in den letzten 9 Jahren genau die Entwicklung genommen habe, wie sie in der Prognose fortgeschrieben war. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien in die Prognosen des Landes eingeflossen. Die angesprochenen Veränderungen zur Pendlerpauschale und Eigenheimzulage könnten durchaus auch positive Effekte für die Stadt hervorrufen.

Abschließend zum Thema Stadtentwicklungskonzept stellte Herr Wiebold vom Büro Wiebold und Klatt den Bereich „Grün- und Freiraum“ und die diesbezüglich relevanten Handlungsfelder Wissensstadt, Wohnqualität und regionale Kooperation vor.

Herr Dziendziol wies darauf hin, dass Trendsportarten die Gefahr bergen, irgendwann eben nicht mehr im Trend zu liegen. Interessanterweise sei ein höherer Zulauf bei den Vereinen festzustellen, die ihr Angebot in aller Regel kostengünstiger unterbreiten könnten, als private Betreiber. Die Vereine sollten daher gestärkt werden, anstatt größere Hallen von privaten Betreibern in die Landschaft zu setzen. Insgesamt bedürfe es hierzu schlüssiger Konzepte.

Frau Feld-Wielpütz begrüßte die Aufstellung eines Ausgleichsflächenkonzeptes und geht davon aus, dass das Konzept zeitnah erstellt wird. Weiterhin stellte sie zu ihrem Bedauern fest, dass auf die Belange der Vereine nicht in ausreichendem Maße eingegangen werde und bittet diesbezüglich um Ergänzung des Konzeptes.

Herr Gleß teilte mit, dass die Verwaltung noch in diesem Jahr beabsichtige, einen Beschluss zum Ausgleichsflächenkonzept herbeizuführen. Danach könne unverzüglich an die Umsetzung herangegangen werden. Die Stadt habe bereits in der Vergangenheit vorausschauend ökologisch wertvolle Flächen erworben.

Herr Grote verwies auf die Steyler-Mission und teilte mit, dass er hier ein kulturelles Angebot sehe, welches aufgegriffen werden sollte.

Herr Wiebold begrüßte auch aus seiner Sicht die in der Diskussion eingeforderte stärkere Beachtung und Einbindung der ortsansässigen Vereine. Allerdings habe man hier in anderen Städten schlechte Erfahrungen gemacht, so dass auf private Betreiber zurückgegriffen werden musste. Zur Steyler-Mission sehe er große Potenziale.

Zum weiteren Verfahren teilte Herr Gleß mit, dass in der Mai-Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses der abschließende Beschluss zum Stadtentwicklungskonzept mit der Empfehlung an den Rat der Stadt für die Juni-Sitzung herbeigeführt werden soll. Bis dahin würden noch Feinabstimmungen auch im Hinblick auf die heute vorgebrachten Anregungen und Bedenken erforderlich sein. Die Ergebnisse würden in einem umfänglichen Schlussbericht Niederschlag finden. Nach Verabschiedung des Konzeptes werde dieses einer regelmäßigen Kontrolle unterzogen. Das sog. Monitoring sei in Abständen von ca. 2 Jahren vorgesehen, damit eine Anpassung an sich möglicherweise verändernde Rahmenbedingungen gewährleistet werde. Noch nicht entschieden sei, ob das Monitoring durch die Verwaltung oder ein externes Büro erfolgen soll. Ziel sei jedoch die Durchführung mit eigenem Personal.

In der folgenden Diskussion vertrat die CDU-Fraktion zum weiteren Verfahren den Standpunkt, die Stadtteilkonferenzen noch vor dem abschließenden Beschluss zum Stadtentwicklungskonzept abzuhalten.

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Schäfer, stellte in dieser Frage Dissens fest zwischen der CDU-Fraktion und den anderen Fraktionen sowie der Verwaltung, die sich eine Durchführung der Stadtteilkonferenzen auch nach dem Beschluss des Rates vorstellen konnten, wenn nicht sogar als zweckmäßiger erachteten. Dieser Dissens könne in der heutigen Sitzung nicht mehr aufgelöst werden.

Es bestand jedoch Einvernehmen, heute den Beschluss entsprechend dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Vorlage zu fassen. Allerdings mit der Einschränkung, dass sich die CDU-Fraktion nochmals mit dem Thema des Zeitpunktes der Abhaltung der Stadtteilkonferenzen befassen wolle und hierzu in der nächsten Sitzung des Ausschusses eine Entscheidung herbeigeführt werden soll.

einstimmig